Donnerstag, 7. Februar 1924 · 72. Jahrgang Nr. 65

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nr. 10 Goldpfg. = 100 Mild. M.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen sehr reichlich. Preise fest und gestiegen.

Dorsch 0,28 bis 0,35, grüne Heringe 0,30—0,40, in Eis Heefilte 0,85—0,75, Zander 1,60 bis 1,80, Aale 2,90—3,50, Karpfen 0,60—0,85, lebend: Hechte 1,40 bis 1,60, Margarine 0,55 bis 0,70, Butter 1,50—2,30 d. Pfd. Bleie 0,20—0,40, Rotbarsch 0,45—0,65, Plattern 0,45—0,60, Kabeljau 0,30—0,45, Seelachs 0,30—0,35, Schellfisch 0,35—0,50,

Straßenbahn ..... 0,15 Postk. Ort 0,03, Fern u. Ost 0,05
Hochb. II. 0,15-0,20, III. 0,10-0,15 Ausl. 0,20, Tschech. u. Ung. 0,15
Stadtbahn .. II. 0,25, III. 0,15 Brief Ort 0,05, Fern u. Ost. 0,10
Omnib. Teltar. 0,15 g. Str. 0,20 Ausl. 0,30, Tschech. u. Ung. 0,25
Telephon 0,15, Automat 0,15 Telegramme das Wort .. 0,15
Rohrpost-Karte 0,50, -Brief 0,40 nach Ausland je nach Währung

Brotpreis ..... 0,50 Strom: Licht und Kraft . 0,42
Schrippe ..... 0,025 Gas ..... cbm 0,21
Milch 1 Liter ..... 0,31 Wasser ..... cbm 0,21
Fernsprechgeb. Lebensm. 1 Mill. Kurs der Goldmark .. 1 Bill.
Briketts ..... Ztr. 1,40 Steuerumrechnungszahl 1 Bill.
Koks ..... Ztr. 2,45 Der Reichsindex .. 1110 Mrdd.

Eine Erinnerung an die „großen Vier"

Lloyd George enthüllt — Wie der Beschluß über die Rheinlandbesetzung zustande kam — Der angebliche Pakt zwischen Clemenceau und Wilson

London, 7. Februar. (W. T. B.)

Den Hauptplatz in der heutigen Presse nehmen die von „New York World" veröffentlichten Mitteilungen Lloyd Georges über einen Pakt zwischen Wilson und Clemenceau in Sachen der militärischen Besetzung der Rheinlande und die darauf erfolgten Erklärungen des Foreign Office und des Quai d'Orsay ein. „Daily Chronicle" teilt mit, daß Lloyd George die Absicht habe, die gesamte Frage in einem Artikel zu behandeln, der am übernächsten Sonnabend im „Daily Chronicle" erscheinen werde.

*

In der Unterredung mit dem Vertreter der „New York World" erklärte Lloyd George, er sei gegen die 15jährige militärische Besetzung der Rheingrenze durch die Alliierten gewesen. Er habe vorausgesehen, daß, wenn die Franzosen einmal die Grenze besetzen, sie diese nicht wieder verlassen würden. Seine Ansichte ist bereits durch die Ereignisse gerechtfertigt worden. Er sei jedoch im kritischen Augenblick während dieser Verhandlungen durch den berüchtigten Artikel Northcliffes Telegramm organisierten Angriff nach London abgerufen worden. **Als er nach Paris zurückkehrte, sei offenbar geworden, daß Wilson sich Clemenceau ergeben hätte.** Dadurch hätten die Franzosen das Recht gewonnen, das Rheinland zu besetzen, was schließlich in dem **Vertrag eingeschlossen wurde.** Lloyd George erklärte: „Ich habe erst vor ganz kurzem entdeckt, daß während meiner Abwesenheit in London Clemenceau und Wilson ein geheimes Abkommen über diese Frage abgeschlossen haben, und trotzdem bin ich immer von gehässigen Seiten in England als der Schuldige angegriffen worden. Ich habe soeben die Dokumente vom Foreign Office in Händen. Die Franzosen wollen jetzt das Abkommen zwischen Präsident Wilson und Clemenceau veröffentlichen und wünschen, daß ich zustimme. Es ist ein wenig spät, um meine Zustimmung zu bitten. Ich habe die Dokumente niemals zuvor gesehen."

Zu dieser Erklärung Lloyd Georges veröffentlicht das Auswärtige Amt eine Feststellung, wonach es ihm zur Kenntnis gebracht worden ist, daß die französische Regierung beabsichtige, ein Gelbbuch mit gewissen Schriftstücken vorzulegen, die mit der Abfassung der Artikel 428 bis 431 des Versailler Vertrages im Zusammenhang stehen. Die britische Regierung wurde um ihre Zustimmung zu dieser Veröffentlichung ersucht. Das Auswärtige Amt erklärend sich dahin, daß es ein Gebot der Höflichkeit sei, vor der Antwort an die französische Regierung Lloyd George von dem Vorschlage wegen seiner engen Verbindung mit den Friedensverhandlungen in Kenntnis zu setzen. Es wurde daher am 25. Januar ein Brief an den Sekretär Lloyd Georges gerichtet, mit der Anfrage, ob Lloyd George etwas gegen die Veröffentlichung der Schriftstücke einzuwenden habe.

*

Soweit die Feststellungen des früheren englischen Premierministers und des Foreign Office. Man darf also mit einigem Interesse den Artikel Lloyd Georges im „Daily Chronicle" erwarten, in dem dieser neuerdings ungemein enthüllungsfreudige Staatsmann sicherlich alles aussacken wird, was er weiß. Das französische Außenministerium bestreitet einstweilen in einer durch Havas veröffentlichten Note, daß ein Geheimabkommen zwischen Clemenceau und Wilson abgeschlossen worden sei; auch wenn Unterredungen zwischen den beiden stattgefunden hätten, so wäre Lloyd George nach seiner Rückkehr davon unterrichtet worden. Auch André Tardieu, der an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages hervorragend mitgewirkt hat, bestreitet in seinem „Echo National" aufs heftigste, daß Lloyd George nicht unterrichtet gewesen sei. Einem Vertreter von Havas aber erklärte er kurz und bündig, daß die Behauptungen Lloyd Georges erlogen seien. Ohne Zweifel wird ihm der nicht weniger grobe Engländer nichts schuldig bleiben. Man kann auf den Ausgang dieses Turniers gespannt sein. Sein politischer Wert ist indessen nicht allzu hoch einzuschätzen.

„Demission, Demission!"

Der Entscheidungskampf in der Kammer

Paris, 7. Februar. (W. T. B.)

Während der öffentlichen Abstimmung in der Kammer über den von Herriot gestellten Antrag, den zweiten Teil des Artikels 1 der Steuergesetze, der den Grund des Ermächtigungsgesetzes darstellt, von der Beratung auszuschließen, ist es gestern zu lärmenden Kundgebungen gekommen. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß für die öffentliche Abstimmung auf der Tribüne eine Stunde Zeit gelassen wird. Als das Ergebnis der Abstimmung, 253 gegen 16 Stimmen, bekannt wurde, wurde von der Linken erklärt, daß das Quorum nicht erreicht sei; man schrie deshalb lärmend: Demission, Demission!

Poincaré erwiderte, die Regierung werde Stellung nehmen, wenn die Gegner des Gesetzes den Mut gefunden hätten, ihre Meinung auf der Tribüne öffentlich durch Stimmabgabe zu verbinden.

Der Kammervorsitzende erklärte, daß die absolute Mehrheit 316 sein müsse. Er stelle fest, daß das Quorum wohl erreicht sei, denn zu den 269 Abgeordneten, die abgestimmt hätten, müßten die 50 Deputierten gezählt werden, die den Antrag Herriot unter schrieben hätten, es hätten also 319 Abgeordnete an der Abstimmung teilgenommen. Die Sitzung wurde darauf auf heute nachmittag vertagt.

*

Der Kongreß der Radikalen und der Sozialistisch-Radikalen hat sich in seiner gestrigen Abendsitzung mit gewissen Propaganda- und praktischen Fragen beschäftigt, namentlich mit dem Verhalten der Partei gegenüber gewissen Kandidaten, die gegen die allgemeine Parole nicht mit der Partei gestimmt haben. Vor allen Dingen wurde erörtert, ob Kandidat der sein könne, der für die Ermächtigungsgesetze, die die Regierung verlange, eingetreten sei. Diese Frage wurde verneint.

Die englische Pfalznote in Paris überreicht

London, 7. Februar (Eca).

In offiziellen Kreisen wird bestätigt, daß die Antwort der englischen Regierung über die Pfalzfrage gestern der französischen Regierung durch den englischen Botschafter in Paris überreicht worden ist. Ueber den Inhalt ist man in den englischen diplomatischen Kreisen außerordentlich zurückhaltend. Man will weder bestätigen noch dementieren, daß die Frage einer Lösung nähergerückt ist. Indessen stellt man fest, daß sich die Atmosphäre gebessert hat. Man erwartet, daß MacDonald morgen nachmittag den französischen und die übrigen ausländischen Journalisten empfangen wird, wobei er im Verlaufe seiner Darlegungen auf diese Dinge zu sprechen kommen wird.

London, 7. Februar. (W. T. B.)

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Der Premierminister werde nächste Woche dem Unterhause das Regierungsprogramm für die Tagung des Parlaments unterbreiten, eine zweitägige Debatte werde folgen. Lord Birkenhead beabsichtige, den Lordkanzler am Dienstag im Oberhaus zu fragen, ob er bereit sei, eine Erklärung über die Regierungspolitik abzugeben. Lord Charnwood beabsichtige die Frage der sozialistischen Internationale aufzuwerfen.

Beeinträchtigte Wahlfreiheit

Militärisches Verbot zweier sozialistischer Blätter in Thüringen

Nächsten Sonntag finden in Thüringen die Landtagswahlen statt. Unter dem militärischen Ausnahmezustand ist es bisher der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wahrhaftig an und für sich schon schwer gemacht worden, ihre Position gegen den vereinigten bürgerlichen Ansturm zu verteidigen. Jetzt kommt aus Weimar die Meldung, daß die militärischen Befehlsstellen wenige Tage vor der Wahl die beiden wichtigsten Blätter der Sozialdemokratie in Thüringen auf zwei Tage verboten haben. Es handelt sich um „Das Volk" in Weimar und die „Ostthüringische Tribüne in Gera. Das letztere Blatt hatte die Frage aufgeworfen, ob es wahr sei, daß die sozialdemokratischen Blätter in den letzten Tagen vor der Wahl verboten werden sollten. Eine solche Meldung war nämlich bei dem Landeswahlleiter eingegangen.

Das Vorgehen des Militärbefehlshabers gegen die beiden Blätter ist nicht nur eine schwere Beeinträchtigung der Wahlfreiheit, sondern es muß auch dazu führen, daß das Wahlprüfungsgericht einen unter solchen Umständen zustandegekommenen „Wahlsieg" der vereinigten Reaktion bestandet. Zur Illustration sind die beiden Verbote zwei neue wichtige Argumente für die schleunigste Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

Der Morplan gegen Seeckt

In der Attentatsaffäre Thormann fehlen bis heute amtliche Verlautbarungen. Dafür toben die in Betracht kommenden Dienststellen — das Reichskommissariat und die Abteilung IA — anonym durch offiziöse und private Nachrichtenbureaus. Dabei hält eine Behörde die Pistole immer auf die andere gerichtet. Die Folge dieser Tätigkeit ist eine Flut von Dementis, auf deren Wiedergabe die Presse verzichten kann, die auf die Publikation von mehr oder weniger sticht haltigen Behauptungen mit Rücksicht auf wichtigere Dinge keinen Wert gelegt hat. Augenblicklich ist in der Diskussion ein Major Gilbert, der Held des Tages. Dieser Ehrenmann, ein Spitzel von Beruf, soll die schmutzigste Hand bei der Vorbereitung des Attentats gegen den General v. Seeckt gezeigt und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen auch vom Reichskommissar Kuenzer erhebliche Gelder erhalten haben. Herr Kuenzer dementiert. Heute abend wird die andere Seite dementieren. Das dürfte noch lange so weiter gehen, wenn nicht endlich von entscheidender Stelle ein Machtwort in dieser Sache gesprochen und eine amtliche Veröffentlichung über die Untersuchung veranlaßt wird.

Schnelldienst

Die Trauerfeier für Woodrow Wilson hat gestern stattgefunden.

Die französische Filmindustrie Albatros erhielt das Recht der Errichtung einer Zweigstelle in Petersburg und der Durchführung von Aufnahmen des nahen und fernen Ostens.

In Norwegen sind 30 000 Arbeiter ausgesperrt worden.

Seit Montag tagt im Völkerbundssekretariat der Vollzugsausschuß der Interparlamentarischen Union und das Redaktionskomitee des Interparlamentarischen Ausschusses für Kolonial- und ethnische Fragen.

Tschitscherin ist optimistisch hinsichtlich des Ergebnisses der englisch-russischen Verhandlungen.

Der Hueria-Putsch in Mexiko scheint dem Ende nahe.

Der bulgarische Minister für auswärtige Angelegenheiten unterbreitete der Kammer zum Zweck der Ratifizierung verschiedene Konventionen.

In Rußland liegen über 1000 Konzessionsgesuche vor, davon 55 Prozent von deutschen Firmen.

Nach den neuesten statistischen Ermittlungen gibt es in Moskau zurzeit 219 054 Arbeiter und 225 800 Beamte.

Die Interparlamentarische Union

Der Friedenspreis der Nobelstiftung

Von

Dr. Hans Wehberg

Der 1. Februar war für die Frage der Verteilung des „Nobelpreises für den Frieden" ein wichtiger Tag. Denn nur bis zu diesem Termine können dem „Komité Nobel du Parlement Norvégien" (Christiania) Vorschläge für die diesjährige Verteilung des Preises gemacht werden. Vorschlagsberechtigt sind u. a. die Mitglieder der Parlamente und der Regierungen der einzelnen Länder, die Mitglieder der Interparlamentarischen Union, des Haager Ständigen Schiedshofes, des Rates des Berner Friedensbureaus, des Institut de droit international, die Professoren des Rechts- und Staatswissenschaften, der Geschichte und der Philosophie an einer Universität usw.

Der Friedensnobelpreis ist zum ersten Male 1901 verteilt worden. Fünfmal, nämlich 1914 bis 1916, 1918, und 1923 hat man von einer Preisverteilung abgesehen. Dreimal wurde er einer Organisation verliehen, nämlich 1904 dem Institut de droit international, 1910 dem Berner Friedensbureau und 1917 dem internationalen Komitee des Roten Kreuzes. Fünfzehnmal wurde er einzelnen hervorragenden Personen verliehen und bei dieser Gelegenheit siebenmal in zwei gleiche Hälften geteilt, so daß den Friedenspreis bisher insgesamt 22 Personen erhielten. Die Preisgekrönten waren viermal Franzosen (Passy, Renault, d'Estournelles de Constant, Bourgeois), je dreimal Amerikaner (Roosevelt, Root, Wilson und Schweizer (Dunant, Ducommun, Gobat), je zweimal Oesterreicher (Berta v. Suttner, Alfred H. Fried), Schweden (Arnoldson, Branting), Norweger (Ch. Lange, Nansen) und Belgier (Beernaert, La Fontaine), je einmal ein Holländer (Asser), ein Däne (Bajer), ein Brite (R. Cremer) und ein Italiener (Moneta). Einem Deutschen ist der Friedenspreis bisher noch nie zuerkannt worden. Von diesen 22 Trägern des Friedenspreises leben heute nur noch acht, nämlich d'Estournelles de Constant, Root, La Fontaine, Bourgeois, Branting, Ch. Lange und Nansen.

Mit großer Unparteilichkeit hat es das Nobelkomitee stets verstanden, die würdigsten Kandidaten ausfindig zu machen. Gewiß ist mancher von den Veteranen des Pazifismus unberücksichtigt geblieben, gewiß war die Verleihung des Preises an Roosevelt ein Fehler, da Roosevelt kein wahrer Pazifist war; auch hat man gegen die Verleihung des Preises an Dunant und das internationale Komitee des Roten Kreuzes eingewandt, daß dadurch Bestrebungen nicht zur Beseitigung und Verminderung, sondern zur Humanisierung des Krieges gekrönt worden seien. Aber insgesamt wird das gerechte Bestreben des Nobelkomitees, die wirklich würdigsten zu belohnen, von allen Einsichtigen anerkannt. Die Zahl der Vorschläge, die dem Komitee gemacht werden, ist ja außerordentlich groß, und es gibt in fast allen Ländern hervorragende Pazifisten und Kämpfer für den Fortschritt des internationalen Rechts, so daß die Wahl wirklich nicht leicht ist.

Betrachtet man die Organisationen, die bisher den Friedenspreis erhalten haben, so ist es auffallend, daß der Interparlamentarischen Union der Preis noch nicht zuerkannt worden ist. Allerdings befinden sich unter denjenigen Männern, die ihn Preis erhielten, eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die ihre größtes Lebenswerk in der Stärkung der Interparlamentarischen Union erblickten, z. B. Passy, R. Cremer, Ejr. L. Lange. Aber das kann die bisherige Uebergehung der Union nicht rechtfertigen. Hat man doch auch dem Berner Friedensbureau den Preis zuerkannt, obwohl vorher seine bedeutsamsten Begründer und Mitarbeiter Ducommun, Gobat und Bajer mit dem Preise belohnt worden waren, und hat doch auch das Komitee des Roten Kreuzes den Preis erhalten, obwohl man ihn vorher dem Begründer des Rote-Kreuz-Idee, Dunant, zugesprochen hatte.

Man muß sich nur die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der Interparlamentarischen Union, der Vereinigung der Parlamentarier aller Länder zur Förderung der friedlichen Erledigung der Staatenstreitigkeiten, vergegenwärtigen, um zu erkennen, daß sie ein Ruhmesblatt ohne gleichen in der Geschichte der modernen Friedensbewegung darstellt. Daß die erste Haager Friedenskonferenz in engem geistigem Zu-